

17.45

Bundesrat David Stögmüller (Grüne, Oberösterreich): Sehr geehrtes Präsidium! Sehr geehrter Herr Kulturminister! Sehr geehrte Damen und Herren! Vielleicht ist die Frau Bildungsministerin irgendwo im Ausland vor dem Bildschirm: Herzlich willkommen! (*Heiterkeit.*) Wir beschließen heute zwei Gesetzesänderungen, zum einen das Bundesgesetz, mit dem das Gesetz über die Bundesämter für Landwirtschaft und die landwirtschaftlichen Bundesanstalten geändert wird, das haben wir im Ausschuss schon gehört, und zum anderen das Schulrechtsänderungsgesetz.

Auf dieses wirklich sehr umfassende Schulrechtsänderungsgesetz, wo wieder haufenweise hineingepackt worden ist, wo es eigentlich ganz, ganz notwendig wäre, über jeden einzelnen Punkt ausführlich zu diskutieren, zu reden, gehe ich jetzt ein bisschen ein.

Ich schätze, viele von Ihnen, werte Kolleginnen und Kollegen, können sich noch an die meiner Meinung nach merkwürdige Szene erinnern, als die ehemalige Bildungsministerin Heinisch-Hosek und Staatssekretär Mahrer bei einer Pressekonferenz per High five (*die entsprechende Handbewegung ausführend*) voller Euphorie verkündet haben, vor der Sommerpause werde es ein – Zitat – „geiles Paket“ geben und das Bildungssystem gehe damit in eine neue Zeit. – Jetzt haben wir noch eine Sitzung vor der Sommerpause, und das, was uns heute präsentiert wird, geht sicherlich in die richtige Richtung, aber für mich einfach nicht weit genug, um von einer wirklich geilen Richtungsänderung im Bildungssystem zu reden. (*Zwischenruf der Bundesrätin Mühlwerth. – Zwischenruf des Bundesrates Mayer.*) – Das muss man so sagen, das verdient keinen Ordnungsruf. (*Beifall bei den Grünen.*)

Wie schon gesagt, der überwiegende Teil geht in die richtige Richtung. Zum einen die Sprachförderung: Da musste man eingreifen, sonst würden diese Bestimmungen einfach auslaufen, man musste etwas machen. Was ich anmerken muss: Ich finde das ganze Gesetz gerade um die Sprachförderung sehr stark reglementiert. Es gibt Sprachfördergruppen mit elf Wochenstunden statt des Regelunterrichts oder Sprachförderkurse mit elf Wochenstunden im Regelunterricht integriert. Das Ganze gibt es dann maximal zwei Jahre lang und erst ab acht SchülerInnen.

Ich wäre da wirklich für Mischformen: individuell und für eine laufende bedarfsgerechte Förderung bei weiterem Schulbesuch als ordentliche Schülerin und ordentlicher Schüler, das wäre wirklich interessant. Fakt ist – und da werden Sie, sehr geehrte Damen und Herren, und vielleicht auch Sie, Herr Kulturminister, mir sicherlich recht geben –: Sprachförderung ist eine der zentralsten Aufgaben der Schule, der

Pädagoginnen und Pädagogen. Da braucht es individuellen Einsatz, der die Schülerinnen und Schüler ihr ganzes Leben, ihr ganzes Schülerleben lang begleitet und fördert. Das würden wir in unserer Schule brauchen, das wäre wirklich geil. (*Heiterkeit.*) – Wenn ich schon einmal das Wort „geil“ hier verwenden darf, dann muss ich das gleich ein bisschen ausnützen. (*Heiterkeit.*)

Ein weiterer Punkt, den ich ansprechen möchte, das ist die Leistungsbeurteilung der Schülerinnen und Schüler bis zur dritten Schulstufe. Um auch auf die FPÖ ein bisschen einzugehen: 2 000 Schulversuche hat es in den letzten Jahren gegeben, 2 000 Schulen, die extra Erfordernisse haben, dass beim Ministerium der Papierkram und alles Mögliche erledigt werden, die dieses Projekt, diese alternative Leistungsbeurteilung wollten. 2 000 Schulversuche jährlich: Da wurde auch klar erkannt, dass es definitiv bessere Rückmeldemöglichkeiten als das Notensystem gibt. Das halte ich für einen guten Schritt, und ich bin auch der Meinung, unsere Expertinnen und Experten an den Schulen wissen, warum sie das wollen. Das können wir Grüne nur gutheißen, dass das in das Gesetz hineingekommen ist.

Im Bereich der Schulautonomie bleiben für mich aber bei den Mehrstufenklassen schon noch einige Fragen unbeantwortet. Zum einen die Frage der Ressourcen: Gibt es diese, und woher kommen diese zusätzlichen Ressourcen? Das ist eine Frage, die gerade in den Mehrstufenklassen, wenn man diese schon einführen möchte, sehr wichtig ist.

Ein Punkt, der für alle Oberstufenformen möglich ist und der auch massiv unter Kritik steht, auch wenn Ihre Beamten – also nicht Ihre Beamten (*Bundesminister Drozda ansprechend*), sondern die Beamten der Bildungsministerin – im Ausschuss das nicht wahrgenommen haben, ist die modulare Oberstufe oder MOST, wie man jetzt sagt. Vieles ist in der Praxis einfach nicht umsetzbar, zum Beispiel der Besuch des Unterrichts in einer anderen Schulstufe.

Der Prüfungsaufwand für Schülerinnen und Schüler ist enorm. Auch die Semestrierung bringt bei der Unterrichtsgestaltung gerade in Musik oder bei der Kreativarbeit Probleme mit sich oder macht die Projekte, die über das Semester hinausgehen, schier unmöglich, das sind zum Beispiel eine Theateraufführung, Musikprojekte oder technische Projekte. Einige Pädagoginnen und Pädagogen haben uns genau diese Rückmeldung gegeben, dass das ein großes Problem für sie ist.

Aber ich möchte ja heute nicht nur Negatives herausstreichen. Besonders positiv finde ich den „Schulstart NEU“, das heißt den Übergang vom Kindergarten in die Volksschule. Als gemeinsame Schuleingangsphase wird die Grundstufe 1 – sie

umfasst das letzte Kindergartenjahr bis inklusive der zweiten Schulstufe der Volksschule – verstanden. Das finden wir sehr gut und können das als Grüne nur unterstützen.

Kritischer sehen wir dafür die Beobachtungsbögen, die eingeführt wurden, die – das haben uns auch die Beamten des Bildungsministeriums gesagt – nicht standardisiert werden. Die Kindergartenpädagoginnen und -pädagogen sind noch nicht durchgehend für die Diagnose ausgebildet und die Lehrkräfte nicht darauf vorbereitet, diese Erhebungen zu lesen und daraus Schlüsse abzuleiten. Ich glaube, man hätte den Kindern die Chance geben müssen, sich zu Beginn der Schule wirklich einzuleben, die Lehrerinnen und Lehrer sollten sich jedoch nicht aufgrund der Beobachtungsbögen aus den Kindergärten schon auf die Schülerinnen und Schüler einstellen. Ich glaube, es wäre fair gewesen, wäre man diesen Weg gegangen.

Was ich auch noch sehr wichtig finde, ist die Berufsbildungsorientierung. Was ich mir da erwartet hätte oder erwarte, ist, bereits ab der 7. Schulstufe in allen Schultypen eine qualitative Berufs- und Ausbildungsinformation parallel zum Alltagsunterricht zu implementieren, nicht erst ab der achten Schulstufe. Es braucht einen Ausbildungscluster an den Schulen, dort, wo es zu einem Dialog zwischen den Betrieben, dem AMS und weiterführenden Schulen kommt. Es braucht in die Schulen eingebundene BerufsberaterInnen, sozusagen als personifizierte und soziologische Anknüpfungspunkte für die Schülerinnen und Schüler, damit auch wirklich auf die von der Bildungsministerin immer wieder erwähnten Talente der jungen Menschen eingegangen werden kann und ihnen nicht nur die nächste Oberstufe schmackhaft gemacht wird, sondern vielleicht auch mal der Lehrberuf (*Bundesrätin Zwazl: Ja!*), denn wir brauchen auch da talentierte und qualifizierte junge Menschen. (*Beifall bei Grünen, SPÖ und ÖVP. – Erneuter Zwischenruf der Bundesrätin Zwazl.*)

Ich habe es Frau Ministerin Hammerschmid vor ein paar Wochen bei ihrer Antrittsrede im Bundesrat schon gesagt: Was wir brauchen, ist Mut, Mut für eine neue Bildungspolitik. Wir brauchen keine geile Bildungspolitik, sondern was wir brauchen, das ist eine durchdachte Bildungspolitik für alle Jugendlichen und Kinder.

Abschließend möchte ich noch ein paar Worte zu Top 11 sagen: Ich glaube, es spricht nichts gegen den Gesetzentwurf. Somit wünsche ich der Höheren Bundeslehranstalt für Landwirtschaft, Ernährung sowie Lebensmittel- und Biotechnologie in der Gemeinde Strass im Zillertal alles Gute und viel Erfolg und hoffentlich eine geile Bildungspolitik. – Danke. (*Heiterkeit. – Beifall bei Grünen, SPÖ und ÖVP.*)

17.53

Vizepräsident Mag. Ernst Gödl: Als Nächste zu Wort gelangt Frau Bundesrätin Blatnik. – Bitte.